

Vernehmlassung

Betrifft	Konsultation zur Bildungsstrategie und zur Lektionentafel Lehrplan 21
Verfasser	Grünliberale Partei Kanton Bern Thomas Brönnimann, Grossrat Kanton Bern, 079 752 53 23 Christoph Grimm, Grossrat Kanton Bern, 079 901 01 58
Datum	24.04.2015

Sehr geehrter Herr Erziehungsdirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Grünliberale Partei Kanton Bern dankt Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme zum Entwurf der Bildungsstrategie 2016.

Die Grünliberalen begrüssen die im Entwurf Bildungsstrategie 2016 festgelegte Ausrichtung auf die drei strategischen Handlungsfelder

- Unterrichtsentwicklung durch Pädagogischen Dialog
- Sicherstellung von konkurrenzfähigen Anstellungs- und Arbeitsbedingungen
- Stabile Rahmenbedingungen

Allgemein

Wir stehen vom Grundsatz her auch hinter der Haltung, dass der Kanton Bern zusätzliche finanzielle Mittel in die Volksschule investiert (Lektionentafel Lehrplan 21). Wir sind aber nicht restlos davon überzeugt, dass diese zusätzlichen Mittel am klügsten investiert sind in zusätzliche Lektionen insbesondere in den Fächern Mathematik und Französisch (Details siehe **Lektionentafel Lehrplan 21**)

Uns sind insbesondere folgende Bereiche auch noch wichtig, die in der Bildungsstrategie nicht oder zu wenig prägnant angesprochen werden:

Schulleitungen

Die Führung von Schulen ist ein neuer Beruf geworden. Der Berufsauftrag ist für Leitende von Primarschulen der gleiche wie für Leitende einer Sekundarschule. Sowohl Schulleitende der Primarstufe als auch Schulleitende der Sekundarstufe absolvieren an der PH Bern die gleiche Ausbildung. Daher besteht keine Rechtfertigung mehr, dass die Schulleitungen der Primarstufe 3 Lohnklassen tiefer eingestuft sind.

Schulsekretariate

Für die Stärkung der Schulleitungen sind Schulsekretariate eine grosse Unterstützung. Hier beteiligt sich der Kanton finanziell nicht. Da es sich eigentlich um eine Arbeit im Rahmen der Schulleitung handelt, wäre anzustreben, dass der Kanton die wertvollen Schulsekretariate mit einem Lohnkostenbeitrag von ca. 30% subventioniert.

Schulsozialarbeit

Anfänglich beabsichtigte der Kanton, die Gemeinden beim Angebot Schulsozialarbeit finanziell zu unterstützen, indem er 30% der Lohnkosten übernimmt. Im Zuge der Sparmassnahmen reduzierte der Kanton diesen Beitrag auf lediglich 10%.

Wir regen an, dass der Kanton die Unterstützung nochmals überdenkt und möglichst nahe an den ursprünglichen Beitrag von 30% erhöht.

Frühe Förderung

Was bei Hänschen schief läuft ist bei Hans nur noch schwer zu korrigieren. Uns ist wichtig, dass der Kanton Bern mit der frühen Förderung (beispielsweise in Bereichen wie Deutsch, Kultur, Gesellschaft) eine Förder- und Präventionsstrategie verfolgt. Dies sollte in der Bildungsstrategie noch deutlicher zum Ausdruck kommen. Die Frühe Förderung soll auch als Integrationsmassnahme dienen. Wie teuer den Kanton andernfalls Platzierungskosten zu stehen kommen können, mussten wir leider jüngst gerade wieder zur Kenntnis nehmen.

Begabtenförderung

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Begabtenförderung weiterhin eine bedeutende Rolle einnehmen soll. Wir könnten uns sogar noch eine verstärkte Förderung vorstellen. Die Pilotversuche der ERZ konzentrieren sich auf Hochbegabte mit einem IQ über 130. Diese Definition schliesst teilhochbegabte Schüler aus und verunmöglicht die Förderung von begabten und sehr leistungsbereiten Schülern mit IQ unter 130. Die offenbar sakrosankten 130, die in einem Abklärungstest ermittelt werden, erscheinen uns nur bedingt als geeignet. Wir würden uns wünschen, dass auch eine Empfehlung durch die Lehrpersonen eine Teilnahme an Begabtenförderungsangeboten ermöglicht.

Klassenlehrpersonen

Wir sind der Meinung, dass die Aufgaben und die Verantwortung der Klassenlehrpersonen nach wie vor unterschätzt und nicht genügend gewürdigt werden. Zu diesem Themenbereich finden wir leider nichts in der Bildungsstrategie. Für Klassenlehrkräfte soll zusätzlich ein klares Anforderungsprofil erarbeitet werden.

WAH

Im Fächerbereich Wirtschaft, Arbeit, Haushalt schlagen wir vor, dass das 8. Schuljahr – und nicht schon das 7. Schuljahr - auf praktische Hauswirtschaft fokussiert wird. Der Fachbereich WAH soll mit je zwei Lektionen in den Schuljahren 8 und 9 unterrichtet werden. Im 9. Schuljahr sollte eine klare Ausrichtung auf das Berufsleben angestrebt werden. Dies mit Bereichen wie Steuerrecht, Sozialleistungen, Wirtschaft allgemein.

ICT

Im Zusammenhang mit der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung stellen die Kompetenzen im Umgang mit neuen Medien einen weiteren Schwerpunkt dar. WLAN, cloud computing und bring your own device sind hier zentrale Stichworte. Die Volksschule spielt je länger je mehr eine bedeutsame Rolle, die Schülerinnen und Schüler für einen sorgfältigen, verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien fit zu machen. Das neue Fächergefäss ICT begrüssen wir deshalb vollumfänglich. Bezüglich ICT-Infrastruktur bleiben die Gemeinden aber weitgehend auf sich allein gestellt. Dies kann insbesondere in kleinen Gemeinden zu Problemen führen, die eine Chancenungleichheit für die Schüler zur Folge haben können.

Grundsätzliches zu NMG

Die neuen Fächerbereiche erfordern unseres Erachtens für die Lehrkräfte entsprechende Aus-,resp. Weiterbildungsmöglichkeit. Diese Befähigung setzen wir als zwingend voraus. Dazu sollen an der PH entsprechende Aus-,resp. Weiterbildungsangebote geschaffen werden.

Lektionentafel Lehrplan 21

36 Pflicht-Wochenlektionen an der Oberstufe sind sehr viel. Aus unserer Sicht zu viele, vor allem in Anbetracht dessen, dass der Freifachbereich (Angebot der Schule) in den vergangenen Jahren stark gekürzt, respektive weggespart wurde. Wir wünschen uns teilautonome Schulen, die sich ein eigenes Profil geben können. Dafür brauchen sie Lektionen, die nicht schon von vornherein in der Lektionentafel fix verplant sind.

Die Pisa-Studien belegen, dass die Berner Schüler in den Fächern Deutsch und Mathematik gute Resultate erzielen. Diese „Outputgrösse“ ist für uns der relevantere Bezugspunkt als die interkantonale „Inputgrösse“ Lektionendurchschnitt. Wir erachten es als sinnvoller, zusätzliche Lektionen zielgerichtet dort einzusetzen, wo sie

wirklich benötigt werden und den Lernerfolg sowie die individuelle Entwicklung der SchülerInnen verbessern. Zusätzliche IVE-Lektionen oder Aufgabenhilfe würden dieser Forderung weit mehr Rechnung tragen. Die verstärkte Gewichtung von IVE-Lektionen begrüssen wir ausdrücklich.

Zusätzliche Mathematik-Lektionen steigern nicht generell das Interesse der Jugendlichen an diesem Fach und an technischen Berufen. Sinnvoller wäre, bereits auf Primarstufe gezielt MINT-Fächer zu unterrichten. In der 9. Klasse müsste der Mathematik-Unterricht dann stärker auf die einzelnen Berufslehren und weiterführenden Schulen ausgerichtet werden. Wir bedauern in diesem Zusammenhang auch, dass die Reform des 9. Schuljahres, nur als Projekt bearbeitet wird und nicht bereits ihren Niederschlag in der Lektionentafel gefunden hat. Bei allem Verständnis für eine Politik der ruhigen Hand, hätten wir uns hier eine aktivere und mutigere Politik der Erziehungsdirektion gewünscht.

Für zusätzliche Französisch-Lektionen gilt das gleiche. Anstatt einfach eine Zusatzlektion sähen wir mehr Potential im Bereich von Sprachaustauschprogrammen von Klassen (Landschulwochen, Sportlager) oder von Lehrpersonen (Jobexchange Bern-Romandie).

Schlussbemerkung

Die gIp erachtet die Anpassung des Lehrplans zwar grundsätzlich als richtig. Nach den ASP-Kürzungen im Lektionenbereich von 2013 sind wir jedoch nicht überzeugt, dass die geplanten Lektionenaufstockungen zielführend sein werden. Diese führen zu einer erneuten Kostensteigerung. Nicht zuletzt aus finanzpolitischer Sichtweise könnte dies in kommenden Jahren zu erneuten Sparmassnahmen im Bereich Bildung führen. Dies wiederum kann sowohl bei der Schule als auch bei den Gemeinden zu grossen Verunsicherungen und Mehrbelastungen führen. Wir bitten Sie, zu prüfen, dass diese geplanten Veränderungen möglichst kostenneutral umsetzbar sind.

Wir danken Ihnen für die Kenntnissnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Grünlibarale Partei Kanton Bern
Thomas Brönnimann Grossrat
Christoph Grimm Grossrat